[](https://www.kla.tv/6339)Medienkommentar

Der US-amerikanische Krieg um Ressourcen - Teil 2 Russland

**Wir setzen unsere Reihe „Der US-amerikanische Krieg um Ressourcen“ heute mit einem weiteren Beweis fort, das den US-amerikanischen Krieg um die weltweiten Ressourcen bestätigt und den geopolitischen Zusammenhang mit Russland beleuchtet.**

Sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, guten Abend. Teil 1 unserer Reihe „Der US-amerikanische Krieg um Ressourcen“ stellt ein Dokument mit dem Titel "Doktrin des irregulären Krieges der Kriegsflotte der USA" vor. Das Dokument gewährt Einblick in eine Weltkarte mit einem sogenannten „Bogen der Instabilität". Dieser definiert diejenigen Länder, die 1. die größten strategischen Reserven der Welt besitzen, und 2., deren reicher Ressourcen sich Washington bemächtigen und die es kontrollieren will.   
Die erwähnte "Doktrin des irregulären Krieges der Kriegsflotte der USA" ist jedoch bei weitem nicht das einzige Dokument, das den US-amerikanischen Krieg um die weltweiten Ressourcen bestätigt. Auch das sogenannte „Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert“, kurz PNAC genannt – eine neokonservative amerikanische Denkfabrik – nennt die erklärten US-amerikanischen Ziele. Eines sei, die vollkommene Kontrolle über die Energieflüsse auf diesem Globus zu erlangen, insbesondere über das Erdöl. Denn, wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler und ehemalige Politiker Henry Kissinger einst sagte: “Wer das Öl kontrolliert, der kontrolliert das Land.“  
Dass sich dieses Ziel der US-amerikanischen Kontrolle über die globalen Energieflüsse nicht nur auf den erwähnten „Bogen der Instabilität“ bezieht, wird am Beispiel Russlands deutlich. Auch hier findet ein erbitterter Krieg um die Ressourcen statt, wie im Folgenden erläutert wird:  
- Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 schien die Gelegenheit günstig zu sein, um an die russischen Ressourcen heranzukommen. Dies geschah, indem der erste russische Präsident, Boris Jelzin (von 1991-1999), die Privatisierung und den Ausverkauf der staatlichen Unternehmen – von der Aluminium-Industrie, über Öl-, Gas-, bis zur Kohleförderung usw. – vorantrieb. Diese staatlichen Betriebe wurden von den reichen russischen Oligarchen zu Spottpreisen aufgekauft – die wiederum mit den westlichen Finanz- und Wirtschaftskräften kooperierten. So war es unter Jelzin westlichen Firmen möglich, russisches Öl und Gas zu fördern und über westliche Pipelines nach Europa zu transportieren.  
- Nachdem nun Wladimir Putin im Jahre 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, hat er diese sogenannte „Privatisierung“ von Jelzin rückgängig gemacht und die Energieindustrie wiederum verstaatlicht. Dies wird auch als Hauptgrund dafür bezeichnet, warum Putin unentwegt verunglimpft und mit allen Mitteln versucht wird, einen Regierungsumsturz in Russland zu provozieren.  
- Doch lässt sich Russland in diesem Kräftemessen um die russischen Energieflüsse nicht so leicht unterkriegen. Nachdem der russische Staat den Ölkonzern „Yukos“ - der vom Oligarchen Michail Chodorkowski aufgekauft und privatisiert wurde – im Jahr 2006 wieder in staatlichen Besitz zurückgebracht hatte, hätte Russland eine Entschädigung an die damaligen Besitzer zahlen sollen. So entschied ein Urteil des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag. Mitte Juli 2015 entschied jedoch das russische Verfassungsgericht, dass die Entschädigungszahlungen nicht geleistet werden müssten. Russisches Recht stehe über internationalem Recht, argumentierte das Gericht.   
  
Auch was das russische Erdgas betrifft, tobt ein heftiger Krieg um dessen Absatzmarkt. So machte Washington nie einen Hehl aus der Absicht, dem russischen Erdgasunternehmen Gazprom den europäischen Absatzmarkt wegzunehmen. Dies geschieht durch politischen Druck auf seine Abnehmer, wie z.B. der Ukraine oder Bulgarien. So scheiterte das Gas-Projekt „South Stream“, weil sich Bulgarien auf Druck der USA dagegenstellte. „South Stream“ sollte russisches Gas – anstelle des Weges durch die Ukraine – nach Europa transportieren.   
Daraufhin kündigte der russische Staatspräsident Wladimir Putin eine griechisch-mazedonische Umleitung als Lösung an - das sogenannte „Turkish-Stream-Projekt“. Die Pipeline soll auf dem Grund des Schwarzen Meeres von Russland in die Türkei und weiter nach Griechenland verlegt werden. Von dort soll über ein Verteilerzentrum das Gas nach Mazedonien, Serbien und Ungarn gehen.   
Das Weiße Haus versucht nun allerdings, diejenigen Länder zu beeinflussen, die mit Gazprom eng kooperieren – um das „Turkish-Stream-Projekt“ zu verhindern. So teilte der griechische Strukturreform-Minister (Panagiotis Lafazanis) Anfang Mai 2015 mit, dass der Energiebeauftragte des US-Außenministeriums (Amos Hochstein) bei einem Treffen direkt gesagt habe, die Amerikaner lassen sich das „Turkish Stream“-Projekt nicht gefallen. So sei den Griechen auch eine Alternative angeboten worden, wenn sie sich aus dem „Turkish Stream“-Projekt zurückziehen würden. Sie hätten dann bessere Chancen, ihre Krise zu überwinden und westliche Investoren zu finden. Doch vorerst scheiterte Washington mit seinem Versuch, die neue griechische Regierung unter Druck zu setzen, was seine sofortigen Konsequenzen hatte: Präsident Barack Obama zog seinen Botschafter in Athen wegen ineffizienter Arbeit ab.  
  
Soweit meine Damen und Herren unser Bericht, wie die US-amerikanische Regierung mit allen Mitteln versucht, auch in Europa die Kontrolle über die Energieflüsse zu erlangen. Russland soll vom europäischen Markt verdrängt und somit wirtschaftlich geschwächt werden. Der Kampf um Russlands Ressourcen geht weiter. Es muss abgewartet werden, bis zu welchem Punkt die US-Regierung diesmal bereit sein wird, zu gehen, um einen Regimewechsel in Russland zu bewirken. Wie in mehreren Sendungen berichtet wurde, deutet vieles auf einen militärischen Konflikt mit Russland hin.   
Teil 3 – in dem es um die Frage geht, inwiefern es sich auch in der Griechenland-Krise um einen Krieg um Ressourcen handelt – folgt bald. Ich freue mich, Sie wieder auf klagemauer.tv begrüßen zu dürfen. Schönen Abend.

**von dd.**

**Quellen:**

<https://amerika21.de/analyse/27511/irregulaere-kriege>  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century>  
<http://friedensblick.de/11452/putin-ein-ehemaliger-freund-des-westens-wird-boese/>  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Yukos>  
<https://www.youtube.com/watch?v=tokF2iXdanU>  
<http://alles-schallundrauch.blogspot.ch/2014/12/south-stream-absage-schockt-die-eu.html>  
<http://de.sputniknews.com/politik/20150513/302305115.html>  
<http://derstandard.at/2000015820857/Russlands-Plan-B-Gaslieferungen-ueber-Mazedonien>  
SRF1 – 8 Uhr Nachrichten vom 15.07.2015

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#US-KriegRessourcen - Der US-amerikanische Krieg um Ressourcen - [www.kla.tv/US-KriegRessourcen](https://www.kla.tv/US-KriegRessourcen)  
  
#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.